



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: Wer Klimaschutz will, darf die Erneuerbaren Energien in Bayern nicht verhindern!

Olching, 07.05.2021

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Mitglied des Finanzausschusses

Mitglied des Umweltausschusses

Nur knapp eine Woche nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben Bundesumweltministerin Svenja Schulze und Bundesfinanzminister Olaf Scholz einen Entwurf für ein verbessertes Klimaschutzgesetz vorgelegt mit dem Ziel, Deutschland schon bis 2045 klimaneutral zu machen. Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Landkreis Fürstfeldbruck, unterstützt den ambitionierten Plan und fordert einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien auch in Oberbayern.

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat uns Rückenwind gegeben, denn es hat den bestehenden verbindlichen Regelungsmechanismus im Klimaschutzgesetz bestätigt, aber für die Zeit nach 2030 weitere Zwischenziele bei den Treibhausgaseinsparungen gefordert. Das ist genau das, was wir als SPD schon bei den Verhandlungen 2019 erreichen wollten. Jetzt brauchen wir auch in unserer Region schnell konkrete Maßnahmen“, so Schrodi. Der Entwurf für das Klimagesetz, der nächste Woche im Bundeskabinett beschlossen werden soll, sieht eine Erhöhung des Einsparungsziels 2030 von 55 Prozent auf 65 Prozent vor, 88 Prozent Minderung bis 2040 und Klimaneutralität bis 2045. Ursprünglich sollte das Ziel Klimaneutralität spätestens 2050 erreicht werden.

Die erhöhten Zielvorgaben werden vor allem deutliche Konsequenzen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien haben. „Ich teile die Einschätzung von Olaf Scholz, dass die zentrale Wachstums- und Zukunftsfrage Deutschlands an den Erneuerbaren Energien hängt. So wichtig ambitionierte Zielsetzungen auch für die Zeit nach 2030 sind: Es geht jetzt darum, was wir 2021, 2022, 2023 konkret tun, um die Weichen für unsere Energieversorgung und unsere Wirtschaft zu stellen. Wir müssen die Bremsen beim Ausbau von Windkraft und Solarenergie lösen“, so Michael Schrodi. Besonders kritisch sieht Schrodi, der für die SPD Mitglied im Umweltausschuss des Bundestags ist, die Rolle des bayerischen CSU-Ministerpräsidenten: „Bayern hängt bei der Energieversorgung am Tropf anderer Länder, weil wir mit dem Ausbau der Erneuerbaren nicht vorankommen und Markus Söder fantasiert von Klimaneutralität bis 2040. Bayern muss die schädliche 10-H-Regelung für Windkraft abschaffen und die - von Söder medial groß angekündigte und nicht



umgesetzte - Solarpflicht für Dächer einführen. In unserer Region verhindern auch die niedrigen militärischen Mindestflughöhen den notwendigen Ausbau der Windkraft. Solange Herr Söder all diese Maßnahmen nicht angeht, muss er mir nichts von Klimaneutralität erzählen“, ärgert sich Michael Schrodi.

Das neue Klimaschutzgesetz und die Klimaschutzpolitik werden auch eine zentrale Position beim anstehenden Bundesparteitag der SPD an diesem Sonntag einnehmen. Schrodi erwartet wegweisende Beschlüsse seiner Partei: „CDU/CSU und Grüne liefern sich gerade einen Überbietungswettbewerb um höhere Ziele und höhere CO2-Preise. Wir als SPD sagen: Klimaschutz geht nur gemeinsam und darf nichts sein, das sich nur einige wenige leisten können. Deshalb dürfen wir das nicht allein dem Markt überlassen, sondern brauchen einen Staat, der mit Investitionen den Strukturwandel unterstützt, der den Umbau der Wirtschaft fördert für Arbeitsplätze mit Zukunft und für jede und jeden die Voraussetzungen für klimafreundliche und bezahlbare Mobilität, Wohnbedingungen und Energieversorgung schafft.“